

# **Dossier : kein Armee-Einsatz gegen Flüchtlinge! : Bereit, auf einen Teil unseres Wohlstandes zu verzichten**

Autor(en): **Kaiser, André**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **85 (1991)**

Heft 12

PDF erstellt am: **23.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-143663>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

---

## Bereit, auf einen Teil unseres Wohlstandes zu verzichten

Als Mitarbeiter der Mitgliederschulung und der Beratungsstelle des Schweizerischen Zwinglibundes bin ich angefragt worden, an dieser Stelle die *Stimme der Jugend* zu vertreten.

Beim *Schweizerischen Zwinglibund* handelt es sich um einen Zusammenschluss von vorwiegend jungen Menschen innerhalb der Landeskirche, die – gemäss Statuten – bereit sind, «sich mit den Fragen des Lebens und des Glaubens in Offenheit und in Achtung vor der Überzeugung Andersdenkender auseinanderzusetzen und in Verantwortung gegenüber Gott und den Menschen zu handeln». Der Zwinglibund versteht sich als Jugendverband liberaler (im kirchenpolitischen Sinne) Ausrichtung. Er initiiert und unterstützt Aktivitäten (Lager, Kurse, Gruppen, Projekte, Tagungen und Wochenenden), hinter denen christliche Werte stehen.

Das oberste Exekutivorgan des Schweizerischen Zwinglibundes, der sogenannte Bundesvorstand, hat beschlossen, die vorliegende Petition zu unterstützen. Die Hintergründe dieses Beschlusses möchte ich aufzeigen und dabei die Sicht der die Petition unterstützenden Jugendlichen einfließen lassen. Im *Gespräch mit jungen Menschen* wird eher die menschlich-solidarische und weniger die politische Seite der Problematik betont.

Drei hauptsächliche Aspekte lassen sich beim Betrachten unserer Haltung herauschälen:

1. Das Thema «Asylpolitik» bewegt Jugendliche besonders: Noch stärker als die meisten Erwachsenen sind sie *betroffen vom gesellschaftlichen Wandel*. Sie bekommen die unsichere Arbeitssituation und vor allem die prekäre Lage auf dem Wohnungsmarkt oft sehr direkt zu spüren. Sie sind sich auch der Tatsache bewusst, dass die Aufnahme von Asylsuchenden in der Schweiz diese Situation noch verschärfen kann.

Und trotzdem unterstützen wir die Petition: Wir verstehen uns nicht primär als Schweizer/innen oder Ausländer/innen, sondern sind zunächst einmal *Menschen ein und derselben Welt*, Geschöpfe Gottes mit einem Recht auf Leben. Wo dieses Leben, egal aus welchen Gründen, existentiell bedroht ist, da sind wir auch bereit zu helfen und, wenn

nötig, auf einen Teil unseres Wohlstandes zu verzichten.

2. Wir sind eine basisdemokratische Organisation mit einer alljährlich stattfindenden Vollversammlung der Mitglieder. Im letzten Jahr haben sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieser Vollversammlung auf ein *bemerkenswertes Experiment* eingelassen und in einer ihnen fremden Stadt sich für ein paar Stunden in die Haut eines hilfesuchenden Fremden begeben. In den anschliessenden Diskussionen ist klar geworden, dass wir alle ähnliche Gefühle dieses Ausgesetztseins und der dabei aufkommenden Ohnmacht aus unserem Alltag kennen – sei dies im Elternhaus, in der Schule, am Arbeitsplatz oder in bestimmten Situationen, in denen wir uns plötzlich alleingelassen vorkommen. Der dahinterstehende Ausruf «*Hilfe ich bin fremd!*» ist von der Vollversammlung zum Jahresthema 1990 bestimmt worden.

Die Jugendlichen kennen diesen Zustand gut, kennen auch die damit verbundenen Gefühle, und sie wissen auch: Ein «Hilfe – ich bin fremd!» und dann als Antwort darauf ein «Halt!», mit vorgehaltener Waffe entgegengeschleudert, oder die oft zu beobachtende materielle und emotionale Verschlossenheit und Abwehr, das sind keine Antworten, die uns weiterbringen.

3. Damit komme ich zur *Situation junger Soldaten*, die an der Grenze stehen müssen. Für viele Jugendliche ist es, das hat die ganze Bewegung um die Armeeabschaffungsinitiative klar gezeigt, bereits heute schwierig, noch einen Sinn in der Existenz einer Schweizer Armee zu sehen. Und wenn sie schon bejaht wird, dann wirklich nur für den Kriegsfall, zur Abwehr einer Aggression von aussen, bei einer ganz konkreten Gefährdung unseres Lebens. Dies ist jedoch im Hinblick auf den Einsatz von Soldaten gegen schutzsuchende Flüchtlinge bestimmt nicht der Fall. Im Gegenteil!

Ein Jugendlicher aus unserer Gruppe hat mir das in einem Gespräch einmal ganz anschaulich erklärt: «Weisst Du», sagte er, «wenn ich da als Soldat an der Grenze stehen müsste, ich käme mir vor, wie wenn ich mit einer vorgehaltenen Maschinenpistole auf einem riesigen, mit Geld gefüllten Koffer

sitzen würde, bei dem die Banknoten noch aus allen Ritzen quellen. Und ich wäre da und müsste aufpassen, dass ja keiner sich an den Koffer ranmacht. Obwohl ich weiss, dass da viel mehr drin ist, als wir eigentlich zum Leben brauchen, und dass der da vor mir ohne Waffe kommt, auch nicht, um mich umzubringen, sondern nur, weil er vielleicht Hunger hat, und weil er auf der Flucht ist, nicht weiss, wohin er gehen kann.»

Wenn die Soldaten angeleitet werden, mögliche illegale Einwanderer mit vorgehaltener Waffe anzuhalten, an eine Wand zu stellen, die Beine breit, und die Kleider nach möglichen Waffen oder Papieren zu durchsuchen, so können wir uns die *schweren Gewissenskonflikte*, denen man diese jungen Schweizer aussetzt, gut vorstellen.

Wir – und ich beobachte dies vor allem bei Mittelschülerinnen und Mittelschülern –

machen uns auch Gedanken über die Rolle der *Schweiz im Zweiten Weltkrieg* und die damals herrschende «Das Boot ist voll»-Mentalität. Wir möchten den gleichen Fehler wie damals nicht mehr wiederholen.

«Es ist eh' gestört, Soldaten gegen Flüchtlinge an die Grenze zu stellen», solche und ähnliche Reaktionen höre ich oft von Jugendlichen. Es ist eigentlich traurig, dass es diese Petition überhaupt braucht. Und es fällt uns schwer zu verstehen, dass sich – gemäss einer neuen Studie des Kirchenbundesinstitutes für Sozialethik – 70 Prozent der Schweizer Bevölkerung als Christen verstehen, also als Anhänger einer Religion, die das Liebesgebot ins Zentrum stellt, und gleichzeitig – laut einer Umfrage der Sonntags-Zeitung – sich 62 Prozent für den geplanten Einsatz der Armee an der Grenze aussprechen.

André Kaiser

---

## Nur eine neue Weltwirtschaftsordnung kann die Konflikte zwischen den Armen und den Reichen vermeiden

Wohin geht die Asylpolitik der Schweiz? «Sie geht geradewegs in die Katastrophe», bekräftigte kürzlich in einer öffentlichen Diskussion der Direktor der Einwohnerkontrolle von Genf, der nun ja gewiss weiss, wovon er redet.

Obschon mehrmals revidiert, erweist sich unser *Asylgesetz* als *realitätsfremd*, unwirksam, überholt. Die Kosten seiner Anwendung erhöhen sich zusehends. Für die 800 bis 1000 Asylsuchenden, die jedes Jahr Asyl erhalten (das sind etwa noch 4 Prozent der Kandidatinnen und Kandidaten), wird bald die Summe von einer Milliarde Franken erreicht sein, etwa soviel, wie das Budget des UNO-Hochkommissariates für Flüchtlinge ausmacht.

Wir zählen heute in der Welt ungefähr 17 Millionen Flüchtlinge, davon eine Million in Europa. Und alle Experten sind sich in diesem Punkt einig: Die Migration, die wir heute erleben, ist nur der Vorgeschmack weiterer, riesiger Wanderungsbewegungen in den nächsten Jahrzehnten. Dafür gibt es verschiedene Ursachen:

– *politische Ursachen*, wie Diktaturen von links und von rechts, Menschenrechtsverletzungen, z.B. Inhaftierung, Verschwindenlas-

sen und Folterung Oppositioneller sowie Vervielfachung von internationalen Konflikten und Bürgerkriegen;

– *wirtschaftliche Ursachen*, wie beschleunigter Verfall der Nord-Süd-Beziehungen, ungleiche Austauschrelationen zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern, Verschuldungs- und Wirtschaftskrise der meisten Drittweltländer, Hungersnot, die mit unterschiedlicher Intensität fast einen Viertel der Menschheit heimsucht;

– *ökologische Ursachen*, wie Desertifikation, Überschwemmungen, die ganze Regionen unbewohnbar machen und die Landbevölkerung in das Elend der städtischen Slums treiben.

Doch das *Aktionsprogramm 1991*, das der Bundesrat im letzten März veröffentlicht hat, verzichtet darauf, umfassende mittel- und langfristige Lösungen ins Auge zu fassen, die Probleme in ihrer europäischen, internationalen, ja planetarischen Dimension zu erkennen. Statt dessen begnügt es sich mit oberflächlichen und unrealistischen Lösungen, mit Massnahmen der Abwehr, der Einschüchterung, ja der Repression.

Zwei dieser Massnahmen wecken Erinnerungen an eine tragische Periode der europäi-